



Erfolge für bürgerliche Politik

Die Handschrift der CSU in
der Großen Koalition

Arbeitsbericht

der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
zum Parteitag der Christlich Sozialen Union
17./18. Juli 2009 in Nürnberg

Mit der Regierungsübernahme durch eine unionsgeführte Koalition vor vier Jahren hat unser Land eine weithin sichtbare Wende zum Besseren erlebt: mehr Chancen am Arbeitsmarkt, sinkende Arbeitslosigkeit, höheres Wirtschaftswachstum und sinkende Neuverschuldung. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in Deutschland, in Europa und der Welt rasch hohes Ansehen erarbeitet. Die damalige Lage Deutschlands nach sieben Jahren einer SPD-geführten Regierung war dagegen geprägt von wirtschaftlicher Stagnation, besorgniserregender Arbeitslosigkeit, sinkenden Investitionen und steigender Staatsverschuldung.



Jeder weiß: Unser Traumbündnis war die Große Koalition nicht. Diese Konstellation war aber zugleich die einzig verantwortbare Alternative. Die Menschen erwarteten, dass sich jeder Koalitionspartner der gemeinsamen Verantwortung stellt. Als CSU haben wir uns zu dieser Verantwortung bekannt. Nicht zuletzt weil wir wissen: Die Menschen in Bayern profitieren umso mehr von der geleisteten Arbeit, je deutlicher wir unsere Politik einbringen können. Bei allen notwendigen Kompromissen: Unsere Erfolge können sich sehen lassen. Wesentliche Teile der Politik in den vergangenen vier Jahren tragen klar die Handschrift der CSU.

Das Prädikat „christlich-sozial“ und die Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft sind unser Kompass. Dies gilt erst Recht für die Bewältigung der immensen Herausforderungen, vor die uns die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stellt. Gerade in schwierigen Zeiten erwarten die Menschen Orientierung und klare Antworten. Das wollen wir auch in Zukunft leisten mit einer Politik, die Leistung, Eigenverantwortung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit verbindet und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Notwendig ist eine gemeinsame Kraftanstrengung. Dann wird es uns gemeinsam gelingen, die Wirtschaft wieder flott zu machen und Arbeitsplätze zu sichern. Die CSU will, dass Deutschland aus der Krise gestärkt hervorgeht. Deshalb setzen wir 2009 auf eine bürgerliche Mehrheit.

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB

- ◆ Deutschland tritt der Krise mit neuer Kraft entgegen S. 4
- ◆ Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben S. 5
- ◆ Unterstützung für Familien S. 6
- ◆ Erfolgreiches Eintreten für das Eigentum S. 7
- ◆ Soziale Sicherung: stabiler und verlässlicher S. 8
- ◆ Impulse für Mittelstand und Handwerk S. 9
- ◆ Bessere Bedingungen für Unternehmen und Arbeitsplätze S. 10/11
- ◆ Einsatz für Landwirtschaft und ländliche Räume S. 12/13
- ◆ Bildung und Forschung ausgebaut S. 14/15
- ◆ Investitionen in Bau und Verkehr S. 16
- ◆ Schutz der Schöpfung und sichere Energie S. 17
- ◆ Vernünftiger Verbraucherschutz S. 18
- ◆ Kommunen gestärkt S. 19
- ◆ Handlungsfähigkeit des Staates verbessert S. 20
- ◆ Mehr Anerkennung für das Ehrenamt S. 21
- ◆ Zusammenhalt und Integration fördern S. 22
- ◆ Freiheit und Sicherheit gehören zusammen S. 23
- ◆ Deutschlands Verantwortung in der Welt S. 24/25
- ◆ Wertegemeinschaft Europa stärken S. 26/27
- ◆ Für Überzeugungen und Werte einstehen! S. 28

Deutschland tritt der Krise mit neuer Kraft entgegen

Unsere Politik nach dem Dreiklang „Sanieren – Investieren – Reformieren“ hat in den ersten drei Jahren nach der Regierungsübernahme den kräftigsten Aufschwung seit Herstellung der Deutschen Einheit bewirkt:

- ◆ Über eine Million Beschäftigte mehr seit 2005, so wenige Arbeitslose wie seit 15 Jahren nicht – das hat für Reserven in den Sozialkassen geführt, die jetzt dringend nötig sind.
- ◆ Die Neuverschuldung des Bundes lag 2004 noch bei 39,5 Mrd. €; im Jahr 2007 dagegen bei gerade noch 14 Mrd. €. Ohne diese Konsolidierung der Haushalte hätte der Staat kaum die Mittel, um jetzt entschlossen die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu mildern.
- ◆ Zur Stärkung der Leistungsbereitschaft und zur Belebung der Binnen- nachfrage haben wir die Steuer- und Abgabenlast in diesem und im nächsten Jahr um 18 Mrd. € gesenkt und zugleich die Investitionen ebenfalls um weitere 18 Mrd. € gestärkt.

Erhalt der Arbeitsplätze hat oberste Priorität

Deutschlands Wirtschaft befindet sich in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in schwerem Fahrwasser. Aber: Durch entschlossenes und zugleich besonnenes Handeln haben wir alle Chancen, gestärkt aus dieser schwierigen Phase hervorzugehen und erfolgreich an den nachhaltigen Aufschwung der letzten Jahre anzuknüpfen.

Auch wenn sich inzwischen der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten erschöpft hat: Die Große Koalition ist unter unser Führung ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht geworden: In Rekordzeit wurden ein Bürgerschaftsschirm zur Stabilisierung des Finanzmarkts und zwei Konjunkturpakete auf den Weg gebracht, um die Krise abzufedern.

Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben

Ein wesentlicher Baustein unserer Politik ist die Rückführung der Steuern und Abgaben. Die im „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ verankerten Entlastungen mit einem Gesamtvolumen von 18 Mrd. € stärken die private Kaufkraft und verbessern die Anreize für Beschäftigung und privaten Konsum. Das Mitte Juni beschlossene ‚Bürgerentlastungsgesetz‘ mit einem Volumen von 13,5 Mrd. € setzt diese Politik konsequent fort.

Wichtige Etappen auf unserem Weg der Steuer- und Abgabenbegrenzung:

- ◆ den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung haben wir seit 2005 in mehreren Schritten von 6,5% auf 2,8% mehr als halbiert;
- ◆ die Pendlerpauschale ist rückwirkend wiederhergestellt – eine einheitliche Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils ist auf unser Drängen gesetzlich gesichert;
- ◆ der steuerfreie Grundfreibetrag steigt rückwirkend zum 01.01.2009 um 170 € auf 7.834 € und ab 01.01.2010 auf 8.004 €;
- ◆ der Eingangssteuersatz sinkt rückwirkend zum 01.01.2009 von 15 % auf 14 %;
- ◆ die „kalte Progression“ wird abgemildert: Damit von Lohnzuwächsen mehr netto bleibt, werden die Eckwerte der Tarifkurve rückwirkend zum 01.01.2009 um 400 € und ab 01.01.2010 um weitere 330 € „nach oben“ verschoben;
- ◆ der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung ist zum 01.07.2009 von 15,5% auf 14,9% gesunken - und damit auf den Durchschnittsbeitrag vor Start des Gesundheitsfonds;
- ◆ die Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung folgt zum Beginn des nächsten Jahres - Entlastungsvolumen: 9,5 Mrd. €.

Unterstützung für Familien

Elterngeld sichert Wahlfreiheit

Mit dem Elterngeld erhalten Familien Geld und Zeit, um sich mit ihren neugeborenen Kindern zu beschäftigen. Seit seinem Start zum 01.01.2007 ist das Elterngeld ein Erfolgsmodell. Zusätzliche Vätermonate erhöhen seine Attraktivität und sichern Wahlfreiheit.

Mehr und bessere Betreuungsangebote

Die Kinderbetreuung wird weiter ausgebaut: für Kinder unter drei Jahren werden bis 2013 rund 750.000 Plätze in Krippen oder Kindertagespflege geschaffen – ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

Uns ist wichtig, dass Eltern selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder erziehen. Mit dem gesetzlich angekündigten Betreuungsgeld sollen auch Eltern Leistungen erhalten, die sich selbst in Vollzeit der Erziehung widmen und keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen.

Kindergeld erhöht – Betreuungskosten besser absetzbar

Für das erste und zweite Kind stieg Anfang 2009 das Kindergeld um 10 € auf 164 €, für das dritte Kind um 16 € auf 170 € und für weitere Kinder auf 195 €. Zugleich wurde der Kinderfreibetrag um rund 200 € auf 6.000 € jährlich angehoben. Zudem sind die Kinderbetreuungskosten seit 2006 steuerlich besser absetzbar.

Besondere Unterstützung erhalten Geringverdiener: Ihr Kinderzuschlag ist gestiegen; den Regelsatz für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren in Hartz IV und Sozialhilfe haben wir zum 01.07.2009 um 35 € erhöht.

Erfolgreiches Eintreten für das Eigentum

Ringens um Erbschaftsteuerreform hat sich gelohnt

Das Ringen um die Erbschaftsteuerreform hat gezeigt: Es lohnt sich, für politische Grundüberzeugungen zu kämpfen. Die Ende 2008 erzielten Regelungen tragen elementaren Anliegen der Familien, der Familienunternehmen und der landwirtschaftlichen Betriebe Rechnung.

Die steuerfreie Vererbung von selbstgenutztem Wohneigentum zwischen Ehepartnern und an die nächste Generation, die erbschaftsteuerliche Verschonung von 90 Prozent der Familienbetriebe und die weitestgehende Verschonung der Landwirtschaft wären ohne das hartnäckige Verhandeln der CSU nicht erreicht worden.

Ungeteilt ist die Freude trotz aller Erfolge nicht. Der Familienbegriff bezieht Geschwister, Nichten und Neffen nicht hinreichend mit ein. Zudem erweist sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, dass beim betrieblichen Übergang auf die nächste Generation die strikte Bindung der Erbschaftsteuerverschonung an Beschäftigungsaufgaben kaum erfüllbar ist. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine Regionalisierung, die Steuersätze und Freibeträge zur Ländersache macht. Dennoch: Das Ergebnis befriedet viele Debatten. Die nötigen Korrekturen bei der Erbschaftsteuer sind vorgemerkt – wir wollen sie nach der Bundestagswahl mit einer bürgerlichen Mehrheit durchsetzen.

Ausbau der Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Die Beteiligung von Beschäftigten an ihren Unternehmen wird seit 01.01.2009 deutlich umfangreicher gefördert. Hierzu haben wir die Einkommensgrenze im Vermögensbildungsgesetz auf 20.000 € bzw. 40.000 € angehoben sowie den Steuer- und Sozialversicherungsfreibetrag auf 360 € erhöht. Die Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand kann in der Krise nicht zuletzt Arbeitsplätze sichern helfen.

Soziale Sicherung: stabiler und verlässlicher

Sicherheit für die Rentnerinnen und Rentner

Unsere Ruheständler haben Anspruch auf Sicherheit. Durch das Aussetzen des „Riesterfaktors“ nehmen die Rentner deutlicher an der Lohnentwicklung teil. Zum 01. Juli 2009 stiegen die Renten im Westen so stark wie seit 1994 und im Osten seit 1997 nicht mehr. Im nächsten Jahr wird es durch eine gesetzliche Rentengarantie trotz der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise keine Rentenkürzung geben.

Die Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung bringt Lebenszeit und Lebensarbeitszeit besser ins Gleichgewicht: Das Renteneintrittsalter steigt mit langem Vorlauf ab 2012 bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre.

Reformen bei Gesundheit und Pflege

Allen Unkenrufen zum Trotz: Mit der Gesundheitsreform haben wir Leistungen verbessert und nicht eingeschränkt: mehr Vorsorge, mehr Prävention und mehr Rehabilitation sowie eine Absicherung der Palliativmedizin. Für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser stehen je 3,5 Mrd. € mehr zur Verfügung als 2007.

Die Qualität der Pflege ist deutlich verbessert: Wir haben Leistungen in den Pflegestufen schrittweise erhöht und ab 2015 dynamisiert, die Betreuung von Demenzkranken verbessert und eine Pflegezeit eingeführt – mit bis zu einem halben Jahr Rückkehrrecht in den Beruf.

Wohngeld verbessert

Heizkosten werden beim Wohngeld seit Beginn des Jahres erstmals mit einem Pauschalbetrag in Höhe von 60 € berücksichtigt. Zugleich stiegen die Wohngeldleistungen.

Impulse für Mittelstand und Handwerk

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in den letzten Aufschwungjahren gewachsen. Gerade mittlere und kleine Unternehmen sind vielfältig und stark. Dies stimmt zuversichtlich angesichts des gegenwärtig schwierigen Konjunkturmufeldes.

Unsere Wirtschaftspolitik setzt vor allem auf Mittelstand und Handwerk. Zugleich helfen wir bei der Bewältigung der gegenwärtigen Wachstumsschwäche:

- ◆ Um die Kreditversorgung bei Engpässen im Bankenbereich zu sichern, wurde bei der KfW befristet bis Ende 2009 ein mittelstandsorientiertes Sonderprogramm mit einem Kreditgesamtvolumen von bis zu 15 Mrd € geschaffen.
- ◆ Das neue Erbschaftsteuerrecht hilft Betrieben, im Erbfall ihren Fortbestand und ihre Arbeitsplätze zu sichern (Regelverschonung 85% / Verschonungsoption 100%).
- ◆ Die Einführung und Verbesserung der Absatzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Instandhaltung und Modernisierung hilft unseren Handwerksbetrieben.

Sicherung der Fachkräftebasis

Mit jeweils deutlich über 600.000 wurden 2007 und 2008 so viele Lehrstellen angeboten wie seit langem nicht mehr – sicher auch Erfolge des fortgeschriebenen „Pakts für Ausbildung“. Die Aufstiegsfortbildung, besser bekannt als Meister-BAFöG, haben wir weiter verbessert.

Bürokratieabbau

Mit drei Mittelstandentlastungsgesetzen haben wir das Dickicht der Statistikpflichten spürbar gelichtet. Ein Normenkontrollrat prüft jedes neue Vorhaben auf bürokratische Belastungen und wirkt so als Bürokratiebremse.

Durch unseren hartnäckigen Einsatz für die Schornsteinfeger haben wir die Zukunft dieses ebenso ehrwürdigen wie modernen Handwerks gesichert - und damit hohe Standards bei Brandsicherung und Umweltschutz.

Bessere Bedingungen für Unternehmen und Arbeitsplätze

Unternehmensteuern gesenkt

Unsere Betriebe und Unternehmen stehen in einem rauen internationalen Wettbewerb. Um bestehen zu können, brauchen sie eine wettbewerbsfähige Unternehmenbesteuerung: Die Gesamtbelastung aus Körperschaft- und Gewerbesteuer – oder entsprechend die Steuerbelastung thesaurierter Gewinne – haben wir zum Jahresbeginn 2008 von vorher 38,65% auf knapp unter 30% gesenkt.

Um die Auswirkungen der konjunkturellen Schwächephase insbesondere auf mittelständische Betriebe abzufedern, werden diese noch einmal um rund 3,5 Mrd. € entlastet. Gerade in schwierigen Zeiten muss alles vermieden werden, was die Liquidität und Ertragskraft der Betriebe gefährden und im Unternehmensteuerbereich wie ein Brandbeschleuniger wirken könnte:

- ◆ In den Jahren 2009/10 können Unternehmen Zinszahlungen - etwa für Kredite - nunmehr bis zu einer Höhe von 3 Mio. € steuerlich geltend machen. Vorher lag die sog. Zinsschranke bei 1 Mio. €.
- ◆ Die Verdoppelung der Grenze für die sog. Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer auf 500.000 € stärkt vor allem die Liquidität kleinerer und mittlerer Firmen sowie des Handwerks: Sie müssen künftig dem Finanzamt erst dann die Umsatzsteuer zahlen, wenn der Kunde seine Rechnung auch tatsächlich bezahlt hat. Vorher wurde die Umsatzsteuer bereits bei der Rechnungsstellung fällig.
- ◆ Eine weitere steuerliche Entlastung bringt die verbesserte Möglichkeit für Investoren, Verlustvorträge geltend zu machen.

Mit den jetzt erreichten steuerlichen Erleichterungen werden Korrekturen an der Unternehmensteuerreform umgesetzt, die wir seit über einem Jahr gegenüber Bundesfinanzminister Steinbrück und dem Koalitionspartner SPD angemahnt haben.

Auch beim Thema Lohnzusatzkosten Wort gehalten

Der Arbeitgeberbeitrag zu den Sozialversicherungen sank zum 01. Juli 2009 von 19,6 auf 19,025%. Im Jahr 2005 waren es noch 20,4%.

Investitionen gerade auch in der Krise erleichtern

Auch in schwierigen Zeiten wollen wir unternehmerische Investitionen stimulieren. Deshalb haben wir die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter - bereits 2006 und 2007 überaus erfolgreich - seit Jahresbeginn wieder eingeführt und die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen erweitert.

Passende rechtliche Rahmenbedingungen

Für unternehmerisches Handeln sind auch passende rechtliche Rahmenbedingungen von Bedeutung. Wir haben deshalb Unternehmensgründungen im Zuge einer Überarbeitung des GmbH-Rechts erleichtert und das Bilanzrecht modernisiert. Dabei haben wir das bewährte Bilanzrecht nach dem Handelsgesetzbuch als kostengünstige Lösung für mittelständische Betriebe gestärkt.

Totalzusammenbruch der Kreditversorgung verhindert

Unser gesamtes Wirtschaftssystem ist elementar auf den Fluss der Geld- und Kreditströme angewiesen. Die Finanzmarktkrise hat hier zu erheblichen Beeinträchtigungen geführt. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsprogramm haben wir einen Totalzusammenbruch der Kreditversorgung verhindert. Sein „Bürgschaftsschirm“ sichert letztlich auch Arbeitsplätze, in dem es bei der Lösung von Finanzierungsproblemen im Kern gesunder Unternehmen hilft.

Arbeitsplätze sichern

Kurzarbeit: Das zunächst auf 18 und nunmehr auf 24 Monate verlängerte Kurzarbeitergeld hilft den von Auftragseinbrüchen betroffenen Betrieben, auf Kündigungen zu verzichten und ihren Facharbeiterstamm zu halten. Entlastungen erfahren die Unternehmen zudem im Bereich der Sozialversicherungsabgaben: Die Arbeitgeberbeiträge bei Kurzarbeit werden 2009 und 2010 hälftig, bei Verbindung mit Qualifizierung ganz von der Bundesagentur für Arbeit übernommen.

Umweltprämie: Um die dramatischen Exportrückgänge beim Absatz von Neuwagen zumindest zum Teil aufzufangen und Arbeitsplätze in der Automobilbranche zu sichern, haben wir die Umweltprämie mitgetragen. Die Regelung, wonach Kfz-Neuwagen- bzw. Jahreswagenkäufer 2.500 € erhalten, wenn sie ihr Altfahrzeug gleichzeitig verschrotten, wurde bis zum Jahresende 2009 verlängert. Bisher werden mit der Umweltprämie weit über eine Million Neuanschaffungen unterstützt.

Einsatz für Landwirtschaft und ländliche Räume

Die CSU setzt sich wie keine andere Partei im Deutschen Bundestag dafür ein, dass die heimischen Landwirte zu ökonomisch vernünftigen Bedingungen wirtschaften können.

Stütze ist eine bäuerliche Struktur, in der die Landwirte hochwertige Nahrungsmittel produzieren und zugleich die vielfältige Kulturlandschaft unserer ländlichen Räume bewirtschaften können. Bäuerliche Betriebe und ländliche Räume haben Anspruch auf Unterstützung und faire Zukunftsperspektiven. Dabei setzen wir auf das Vertrauen der Verbraucher in die heimische Landwirtschaft und spielen konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebe nicht gegeneinander aus.

Faire Perspektiven für bäuerliche Betriebe

Unsere Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Wir haben sichergestellt, dass die Vorsteuerpauschale erhöht und die bäuerlichen Betriebe bei der Erbschaftsteuer fair bewertet werden.

Bei der Besteuerung von Agrardiesel haben wir für die Landwirte Entlastungen von jeweils 285 Mio. € für 2009 und 2010 durchgesetzt. Die Einschränkungen der grünen Ministerin Künast sind aufgehoben: Der „Selbstbehalt“ von 350 € je Betrieb sowie die Deckelung von maximal 10.000 Litern je Betrieb entfallen - jedenfalls 2009 und 2010. Damit sinkt die durchschnittliche steuerliche Belastung von Agrardiesel für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf 25,56 Cent pro Liter.

Auf EU-Ebene konnte erreicht werden, dass die direkten Beihilfen für unsere Landwirte in Form von Liquiditätshilfen zum 1. Juli und nicht erst im Dezember ausgezahlt werden können – und zwar in Höhe von bis zu 70 % der Gesamtjahressumme.

In der Umweltgesetzgebung haben wir u.a. dafür gesorgt, dass die Verknüpfung von Prämienzahlungen mit der Einhaltung von Umweltstandards praxisgerechter ausgestaltet wird, („cross-compliance“), Immissionsschutzverfahren für Rinderställe vereinfacht und Zulassungsverfahren nach dem Pflanzenschutzgesetz präzisiert wurden.

Milchbauern haben Anspruch auf ordentliche Preise

Die starken Schwankungen mit immer neuen Tiefständen beim Milchpreis gefährden die Existenz vieler Milchbauern. Nach der leider nicht zu verhindernden Aufweichung der EU-Milchquote haben wir einen Milchfonds durchgesetzt, um die Folgen der ab 2015 zu erwartenden Milchmarktliberalisierung vor allem für die Erzeuger an schwierigen Standorten abzufedern. Der Fonds steht ab 2010 bereit und umfasst im Jahr 2013 bis zu 350 Mio. €.

Verlässliche Agrarsozialpolitik

Wir haben eine zukunftsfähige, eigenständige landwirtschaftliche Sozialversicherung mit vertretbaren Beiträgen gesichert und eine erfolgreiche Abfindungsaktion in der Unfallversicherung durchgesetzt.

Gemeinschaftsaufgaben erhalten

Die Gemeinschaftsaufgaben Agrarstruktur (GAK) und regionale Wirtschaftsstruktur konnten erhalten und das GAK-Fördervolumen nach jahrelanger rot-grüner Vernachlässigung auf 700 Mio. € jährlich erhöht werden.

Versorgung mit Breitband-Internet vorangebracht

Die Bereitstellung schneller und leistungsfähiger Internetverbindungen gerade auch in ländlichen Räumen ist eine wichtige Infrastruktur-Aufgabe der Daseinsvorsorge. Mit unserer Breitbandstrategie haben wir hier wichtige Weichen für die flächendeckende Versorgung mit DSL-Anschlüssen gestellt.

Abbau von Vorschriften

Entschieden haben wir darauf gedrängt, dass im Bereich Landwirtschaft 65 Gesetze aufgehoben und 50 EU-Verordnungen abgeschafft wurden. Die Zahl der zu beachtenden Bestimmungen wurde auf ein Drittel gesenkt.

Bildung und Forschung ausgebaut

Forschungsförderung ist aktive Wachstumspolitik

Wissen und Können sind Deutschlands wichtigste „Rohstoffe“. Ein Land der Ideen – das ist Deutschlands Chance im weltweiten Wettbewerb. Deshalb investieren wir in die Köpfe. Die Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung um 10 Mrd. € in den letzten drei Jahren leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der technologischen Leistungsfähigkeit unseres Landes. Unser Ziel ist, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 von heute rund 8% auf 10% des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Der Innovationsstandort Deutschland hat im internationalen Vergleich Aufholbedarf - vor allem bei zukunftsorientierten Spitzentechnologien und bei der Neugründung innovativer Unternehmen. Deshalb konzentrieren wir die Förderung im Rahmen der High-Tech-Strategie auf 17 Leitmärkte der Zukunft und auf Unternehmen des Innovationstreibers Mittelstand.

Bündnis für Bildung mit Leben erfüllen

Wir setzen die Vereinbarungen des Bildungsgipfels von Bund und Ländern als Beitrag zu einem Bündnis für Bildung konsequent um. Es gilt, die Leistungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen wettbewerbsfähig zu fördern. Gemeinsam mit den Ländern sorgen wir für einen transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland. Dazu tragen vergleichbare Prüfungen nach länderübergreifenden Standards bei. Für Wertevermittlung und Chancengerechtigkeit können nur Schulen sorgen, die Leistung fordern und fördern.

Duales Ausbildungssystem verdient weiter Bestnoten

Im Rahmen des Ausbildungspakts mit der Wirtschaft konnte die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich gesteigert werden. 2008 gab es erstmals seit 2001 mehr unbesetzte Lehrstellen (19.000) als unvermittelte Bewerber (14.000).

Wer jetzt nicht ausbildet, darf sich später nicht über Fachkräftemangel beklagen. Wegen der aktuellen Wirtschaftsschwäche ist zwar zu erwarten, dass insgesamt weniger Lehrstellen angeboten werden. Allerdings gibt es in diesem Jahr auch 37.000 Schulabgänger weniger. 2010 sinkt die Zahl weiter. Gut beraten ist daher, wer jetzt vorsorgt und auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ausbildet.

Erfolgreiche Qualifizierungsoffensive

Mit dem Ausbildungsbonus für Betriebe helfen wir Jugendlichen, die bisher Schwierigkeiten hatten, eine Berufsausbildung in Angriff zu nehmen. Mit der staatlichen Förderung des Bildungssparens haben wir neue Qualifizierungsanreize gesetzt.

Studenten-BAFöG und Meister-BAFöG verbessert

Das BAFöG für Studierende haben wir angepasst: Zum 01.10.2008 stiegen die Bedarfsätze um 10%, die Freibeträge um 8%. Studierende mit Kind erhalten einen Betreuungszuschlag.

Das Meister-BAFöG haben wir auf mehr Förderungsberechtigte ausgeweitet und verbessert. Künftig wird nicht mehr nur die erste Fortbildung, sondern auch eine Aufstiegsfortbildung gefördert. Die Förderlücke zwischen Lehrgang und Prüfung wird geschlossen. Der erfolgreiche Abschluss wird mit einem Darlehensersatz von 25% belohnt. Kinder von geförderten Fortbildungsteilnehmern erhalten einen höheren Unterhaltsbeitrag.

Investitionen in Bau und Verkehr

Infrastrukturen ertüchtigen

Deutschlands leistungsfähige Infrastrukturen sind ein zentrales Argument im Standortwettbewerb. Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen ist gleichermaßen eine unverzichtbare Voraussetzung für Lebensqualität wie für Wachstum und Arbeitsplatzsicherheit. Die Infrastrukturen dürfen auf dem Weg zu einem künftigen Aufschwung kein Engpass sein – die Erneuerung der Infrastrukturen leistet entscheidende Beiträge zur Stabilisierung der Konjunktur.

Verkehrsinfrastruktur gestärkt

Gute Straßen- und Schienenverbindungen sowie Wasserwege sind für Deutschland als hoch entwickelten Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Nach Jahren rückläufiger Investitionen haben wir den Verkehrshaushalt mehrfach angehoben:

Durch unser Impulsprogramm werden für dieses und nächstes Jahr je 1 Mrd. € an zusätzlichen Investitionsmittel mobilisiert. Im „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ sind weitere Investitionen zur Ertüchtigung unserer Verkehrsinfrastruktur verankert: 1 Mrd. € an Bundesinvestitionen und 3,5 Mrd. € aus dem kommunalen Investitionsprogramm.

Anreize für Bauprojekte verbessert

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Infrastrukturplanungsvorhaben können Investitionen jetzt schneller wirksam werden - gerade auch im öffentlichen Bereich. Im Gebäudebestand liegen erhebliche Potenziale zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz. Wir haben deshalb das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm erweitert und mehrfach aufgestockt. Auch kommunale Gebäude wie Schulen und Kitas können nunmehr gefördert werden.

Mit dem Wohnungseigentumsgesetz haben wir die Modernisierung von Gebäuden erleichtert, deren Wohnungen unterschiedlichen Eigentümern gehören.

Schutz der Schöpfung und sichere Energie

Umweltpolitik ohne ideologische Scheuklappen

Liebe zur Natur und Verbundenheit mit der Heimat gehören für uns selbstverständlich zusammen. Wir setzen Nachhaltigkeit durch: in der Haushaltspolitik, beim effizienten Umgang mit begrenzten Ressourcen; beim Schutz der Natur. Dabei geben wir der Vorsorge Vorrang vor Nachsorge und Reparatur. Hohe Umweltstandards sind nur durch eine starke Wirtschaft möglich – wie hohe Sozialstandards auch.

Effiziente und nachhaltige Energieversorgung

Eine vorausschauende Energieversorgung leistet einen nachhaltigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Deutschland setzt hier Maßstäbe: Zum Beispiel mit der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und CO₂-armer Kraftwerke. Ebenso dazu zählt die Unterstützung für die Entwicklung intelligenter Messverfahren und energieeffizienter Produkte.

Wir stärken den Wettbewerb zur Begrenzung der Energiepreise: Mit Neuregelungen zu Kraftwerks-, Netzanschluss und Netzleitungsausbau ebenso wie mit einer verschärften kartellrechtlichen Aufsicht beim Verdacht unzulässiger Preisabsprachen auf dem Energiemarkt.

Erneuerbare Energien stärken

Den Anteil regenerativer Energien am gesamten Energiebedarf haben wir sukzessive gesteigert und die Förderung verstetigt: In der Photovoltaik ebenso wie bei Wasserkraft, Biogas, Biomasse und Geothermie.

Ausgewogenen Energiemix sichern

Deutschland braucht eine nationale Energiestrategie, damit ausreichend Energie zu bezahlbaren Konditionen jederzeit möglichst umweltschonend verfügbar ist. Eine Energieversorgung, die Ökonomie und Ökologie versöhnt und sich nicht zu stark von Importen abhängig macht, schließt für eine Übergangszeit auch die weitere Nutzung der Kernenergie ein. Wirtschaftliche Vorteile der Laufzeitverlängerung müssen vor allem den Verbrauchern zugute kommen.

Vernünftiger Verbraucherschutz

Lebensmittelsicherheit verbessert

Gerade im Lebensmittelbereich müssen sich die Verbraucher auf die Einhaltung von hohen Qualitätsstandards verlassen können. Schwarze Schafe in der Lebensmittelproduktion müssen mit harten Konsequenzen rechnen. Mit konsequenteren Kontrollen, verschärften Sanktionen und neuen Meldepflichten haben wir dazu beigetragen, Gammelfleischskandale besser unterbinden zu können.

Mit dem Verbraucherinformationsgesetz haben wir den Zugang zu wichtigen Produktinformationen erleichtert - Kunden wird damit eine bewusste Produktauswahl ermöglicht.

Kundenrechte gestärkt

Absprachen bei Energiepreisen und Preisdumping im Lebensmittelhandel müssen entschlossen geahndet werden. Wir haben deshalb die Befugnisse der Regulierungsbehörde und des Kartellamts erweitert.

Belästigungen durch unerwünschte und rücksichtslose Telefonwerbung sind ärgerliche Verletzungen der Privatsphäre. Zur Stärkung der Verbraucherrechte haben wir für telefonisch abgeschlossene Verträge ein gesetzliches Widerrufsrecht verankert. Bahnkunden erhalten bei Verspätungen nunmehr eine angemessene Entschädigung.

Beratung bei Finanzprodukten verbessern

Kunden von Banken und Finanzberatern müssen deutlich besser über mögliche Risiken ihrer Geldanlagen aufgeklärt sein – das hat nicht zuletzt die Finanzkrise gezeigt. Zum Schutz von Anlegern haben wir deshalb Qualitätsstandards für die Beratung bei Finanzprodukten auf den Weg gebracht.

Kommunen gestärkt

Politik aus einem Guss

In unseren Kommunen wachsen Bürgersinn und Verantwortungsbereitschaft. Die CSU setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung zu respektieren.

60% der öffentlichen Investitionen werden von Kommunen getätigt. Die Vielzahl kommunaler Aufträge richtet sich an Handwerk und Mittelstand der jeweiligen Region. Sie stärken damit heimische Betriebe und die Binnenkonjunktur.

Herzstück des „Pakts für Beschäftigung und Stabilität“ (Konjunkturpaket II) ist deshalb ein kommunales Investitionsprogramm mit 10 Mrd. €. Ein Schwerpunkt mit 6,5 Mrd. € sind Bildungseinrichtungen, also Kitas, Schulen und Hochschulen. Einen zweiten Investitionsschwerpunkt mit 3,5 Mrd. € bildet die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, also etwa die Bereiche Straßen, Krankenhäuser und Städtebau.

Kommunen: Gewinner der Föderalismusreform

Wir brauchen starke Kommunen. Die Städte und Gemeinden können sich künftig auf den Grundsatz verlassen: Wer bestellt, bezahlt! Denn der Bund darf Aufgaben nicht mehr direkt auf Gemeinden, Städte und Kreise übertragen und die Kommunen so mit Kosten belasten. Das Verhältnis zu den Kommunen regeln ausschließlich die Länder - und in Bayern gilt das Konnexitätsprinzip.

Die Kommunen gehören zu den Gewinnern der Unternehmensteuerreform: Die Gewerbesteuer als Band zwischen den Kommunen und den Betrieben wurde gestärkt.

Kommunen werden entlastet: Wir haben dafür gesorgt, dass die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger verbessert und verstetigt sowie die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gesichert und dynamisiert wurde.

Handlungsfähigkeit des Staates verbessert

Umfassende Staatsreform stärkt Handlungsfähigkeit

Ein einfacherer Staatsaufbau, schnellere Entscheidungen und mehr Klarheit über die jeweiligen Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern – diese Ziele zur Stärkung der Handlungsfähigkeit unseres Staates sind mit der Föderalismusreform umgesetzt. Die Chance der Großen Koalition zu einer guten Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist genutzt worden.

Klare Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern

Mit der Modernisierung unserer bundesstaatlichen Ordnung geht eine deutliche Entflechtung von Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern einher. Ausufernde Zustimmungserfordernisse im Bundesrat und die große Zahl früherer Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat verwischen Verantwortung und verzögern Entscheidungen. Deshalb reduziert die Föderalismusreform die Zahl der Gesetze, denen der Bundesrat zustimmen muss. Der Bundestag gewinnt an zentraler Bedeutung im demokratischen Staat.

Im Gegenzug und zur Stärkung des Föderalismus erhalten die Länder und die Kommunen mehr eigenständige Regelungsbereiche - vor allem im öffentlichen Dienst, in der Bildung und bei den Hochschulen.

Föderalismusreform II verankert Schuldenbremse im Grundgesetz

Bei dem Reformvorhaben geht es um nicht weniger als um eine neue Finanzverfassung als Grundlage stabiler öffentlicher Finanzen. Der Erfolg der Reform steht und fällt mit dem Thema Schuldenbremse. Der Abbau der Schuldenlast muss eindeutig Priorität haben – auf allen staatlichen Ebenen und überall in unserem Land.

Mehr Anerkennung für das Ehrenamt

Ohne das Engagement Hunderttausender ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger wäre kein Staat zu machen. Unsere Vereinskultur im Sport, bei der Brauchtums- und Heimatpflege, beim Naturschutz, bei den freiwilligen Feuerwehren oder in den vielfältigsten sozialen Einrichtungen wären ohne das Engagement freiwilliger Helfer gar nicht denkbar. Das Ehrenamt verdient deshalb großen gesellschaftlichen Respekt und Unterstützung. Wir haben dem Ehrenamt zu mehr Anerkennung verholfen und Anreize zum Ehrenamt verbessert:

- ◆ den Übungsleiterfreibetrag haben wir auf 2.100 € jährlich angehoben;
- ◆ die Höchstgrenzen für den Spendenabzug haben wir vereinheitlicht und auf 20% angehoben; den Nachweis von Spenden unbürokratisch geregelt;
- ◆ die Haftungsansprüche gegen unentgeltlich tätige Mitglieder von Vereinsvorständen haben wir begrenzt
- ◆ und Anmeldungen zum Vereinsregister durch die Zulässigkeit der elektronischen Form erleichtert.

Erfolgreicher Einsatz für Feuerwehren und Hilfsdienste

Als Anwalt des Ehrenamtes haben wir uns nach langem Drängen erfolgreich für eine praxismgerechte Führerschein-Regelung für Feuerwehren, Rettungsdienste und den Katastrophenschutz eingesetzt. Durch die Einführung der neuen EU-Führerscheinklassen stehen diesen Hilfsdiensten immer weniger junge Ehrenamtliche zur Verfügung, die über die notwendige Fahrerlaubnis für die Einsatzfahrzeuge verfügen. In enger Abstimmung mit den Feuerwehrverbänden und den weiteren betroffenen Hilfs- und Rettungsorganisationen haben wir nunmehr gegenüber Bundesverkehrsminister Tiefensee eine Regelung erreichen können, die die Einsatzfähigkeit dieser ehrenamtlichen Dienste sichert und die Grundlage für eine kostengünstige und vereinfachte Regelung für Fahrausbildung und -prüfung schafft.

Zusammenhalt und Integration fördern

Paradigmenwechsel beim Zuwanderungsrecht

Die von der CSU erfolgreich geforderte Überarbeitung des Zuwanderungsrechts bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik und leitet eine Abkehr von realitätsfernen Multikulti-Illusionen ein. Wir haben dafür gesorgt, dass das Prinzip des Förderns und Forderns nachhaltig gestärkt wurde.

Die deutsche Sprache gilt heute ganz selbstverständlich als Schlüssel erfolgreicher Integration. Besonders Sprachkenntnisse werden deshalb gefördert und gefordert. Die Pflicht für Ehegatten, schon vor dem Familiennachzug einfache Deutschkenntnisse nachweisen zu müssen, ist ein klares Signal an alle Ausländer, dass es ohne Sprachkenntnisse nicht geht.

Integration ist keine Einbahnstraße

Zuwanderer stehen selbst in der Pflicht. Die Bedeutung der Integrationsangebote wird deshalb gestärkt. Integrationskurse müssen nicht lediglich besucht, sondern mit einer bestandenen Prüfung erfolgreich abgeschlossen werden.

Nationaler Integrationsplan greift

Erstmals wurde ein „Nationaler Integrationsplan“ erarbeitet, der nun konsequent umgesetzt wird. Erarbeitet wurde der Plan nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern gemeinsam mit Migranten, Ländern und Kommunen.

Für uns von besonderer Bedeutung: Es besteht Konsens, dass die Werte des Grundgesetzes verbindliche Grundlage des Zusammenlebens in Deutschland sind.

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

CSU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit

Nirgendwo in Deutschland leben die Menschen so sicher wie in Bayern. Wir treten dafür ein, dass unsere Bürger überall im Land sicher leben können. Rechtsfreie Räume, wie wir sie zum Beispiel bei den Krawallen zum 1. Mai in Berlin erlebt haben, dürfen nicht geduldet werden.

Zur Wahrung von Freiheit und Sicherheit braucht der Staat wirkungsvolle Instrumente – gerade auch im Kampf gegen Terrorismus und Organisiertes Verbrechen. Deshalb war es wichtig, Rot-Grüne Blockaden zu brechen: Uns ist es gelungen, eine zentrale Antiterror-Datei einzurichten, Hassprediger wirksamer beobachten zu können und die Telekommunikationsüberwachung neu zu regeln. Dabei haben wir sichergestellt, dass rechtstreue Bürger von derartigen Eingriffen nicht betroffen werden.

Mit der Reform des Waffenrechts haben wir Konsequenzen aus dem schrecklichen Amoklauf von Winnenden gezogen. Selbstverständlich dürfen Schützen und Jäger nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Gerade auch Schützen und Jäger haben aber ein Interesse daran, dass Sicherheitsvorschriften im Umgang mit Waffen auch eingehalten werden.

Kriminalitätsbekämpfung verbessert

Gerade Sexualverbrechen an Kindern bewegen uns alle zutiefst. Wir haben deshalb den Schutz der Allgemeinheit vor Rückfalltaten verbessert: Hierzu haben wir die über Straftäter verhängte Führungsaufsicht neu geregelt und die Möglichkeiten zur nachträglichen Sicherungsverwahrung erweitert. Zur Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet haben wir die gesetzliche Grundlage für Zugangssperren geschaffen.

Bayern bleibt wichtiger Sicherheitsstandort

Bei der Neugliederung des Bundesnachrichtendienstes sowie der Bundespolizei ist es uns gelungen, die bayerischen Standorte zu sichern. Nach vollständiger Umsetzung der Reform wird es in Bayern mehr Beschäftigte der Bundespolizei geben als vorher.

Deutschlands Verantwortung in der Welt

Internationale Sicherheit festigen

Deutschland ist auf gute Nachbarschaft und stabile Partnerschaften angewiesen. Das vereinte Deutschland muss aufgrund seiner Größe und Bevölkerungszahl, seiner Lage in der Mitte Europas und seiner Wirtschaftskraft einen eigenen Beitrag zu Krisenprävention und Krisenreaktion leisten. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Die Herausforderungen von heute lassen sich nur gemeinsam mit anderen Staaten meistern. Wer auf Partner angewiesen ist, muss auch selbst solidarisch handeln. Deshalb kommt Deutschland seiner Bündnispflicht nach und leistet im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union einen aktiven Beitrag zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Transatlantische Partnerschaft weiter festigen

Wir wollen die Chance nutzen, gemeinsam mit dem neuen US-Präsidenten die transatlantische Partnerschaft wieder zu festigen. Europa und Amerika können zur Lösung der Probleme der Welt weit mehr erreichen, wenn sie effektiv zusammenwirken. In Anlehnung an den europäischen Binnenmarkt fördern wir den transatlantischen Handel und die Investitionsbeziehungen. Europa und die USA haben ein gemeinsames Interesse, unabhängiger von Energieträgern wie Öl und Gas zu werden. Wir setzen auf eine deutsch-amerikanische Initiative zur Energieeffizienz, mit der wir Schwellenländern wie China oder Indien glaubwürdig gegenüber treten und diese für ein Kyoto-Plus-Abkommen gewinnen können.

Unser Land braucht leistungsfähige Bundeswehr

Wir stehen zum Dienst unserer Soldaten und zollen ihrer Leistung hohen Respekt. Das Leitbild „Bürger in Uniform“ ist und bleibt Markenzeichen der Bundeswehr als Armee in der Demokratie. Die Wehrpflicht als „legitimes Kind“ der Demokratie bleibt weiterhin berechtigt.

Die Soldatinnen und Soldaten müssen für ihre Einsätze die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung erhalten. Dafür müssen der Bundeswehr ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem hat die deutsche wehrtechnische Industrie hohe Bedeutung – sowohl im Hinblick auf ihre technologische Leistungsfähigkeit wie auch ihre hochqualifizierten Arbeitsplätze. Bei internationaler und europäischer Kooperation muss der deutsche Einfluss erhalten bleiben.

Auslandseinsätze an deutschen Interessen ausrichten

Die Bundeswehr kann und soll nicht die Rolle eines überall präsenten Weltpolizisten übernehmen. Sie muss aber als ein Instrument tauglich sein, wichtige legitime Interessen unseres Landes und seiner Partner zu schützen und zu verteidigen. Die personellen, militärischen und finanziellen Ressourcen der Bundeswehr sind begrenzt. Die Entscheidung über Auslandseinsätze treffen wir nach den Werten und Interessen Deutschlands und im Lichte seiner internationalen Bündnisverpflichtungen.

Auslandseinsätzen müssen klare Kriterien zu Grunde gelegt werden: Sie müssen eindeutig definierte, erreichbare Ziele verfolgen, zu denen die Bundeswehr einen glaubwürdigen Beitrag leisten kann. Der Einsatz muss in seinen Risiken berechenbar sein und daher möglichst räumlich, zeitlich und dem Umfang nach begrenzt bleiben.

Afghanistan stabilisieren – Terror bekämpfen

Von Zentralasien – insbesondere der Region Afghanistan/Pakistan strahlt die Gefahr von Instabilität und Terror auf andere Teile der Welt aus – auch auf Europa und Deutschland. Unser Land leistet einen Beitrag, dass Afghanistan selbst für seine und damit unsere Sicherheit sorgen kann. Dies erfordert die Bereitschaft zu nachhaltiger Ausbildung und Unterstützung des afghanischen Sicherheitssektors (Armee, Polizei und Justiz) und des zivilen Aufbaus.

Diese Exitstrategie schafft die Voraussetzung für eine Reduzierung und schließlich Beendigung unseres militärischen und zivilen Engagements. Militärische Sicherheitspräsenz und ziviler Aufbau sind untrennbar voneinander abhängig. Ohne Sicherheitspräsenz ist kein Wiederaufbau, ohne Erfolge beim Wiederaufbau keine schrittweise Reduzierung der Sicherheitspräsenz möglich.

Deutschland: Einflussreiche Stimme in der Welt

Deutschland soll in der Welt eine einflussreiche Stimme für Recht, Freiheit und Menschenrechte bleiben. Wir setzen beispielsweise auch gegenüber Russland und China auf die Kraft klarer Worte. Wenn Deutschland zwischen Europa und Russland schwankend vermitteln wollte, wäre das Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit dahin und das Sicherheitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger beschädigt. Deutschland muss sich in der Welt und in den Vereinten Nationen für die Werte einsetzen, die es mit seinen Partnern verbinden.

Wertegemeinschaft Europa stärken

Gemeinsame Interessen wahrnehmen, innere Grenzen setzen

Der europäische Integrationsprozess ist für Bayern und Deutschland eine Erfolgsgeschichte. Nur im Zusammenwirken mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten lassen sich Europas Interessen im globalen Wettbewerb wirksam wahrnehmen.

Die leider geringe Beteiligung an den Europawahlen zeigt: Wenn die Europäische Union neuen Rückhalt bei den Bürgern gewinnen will, dann muss sie sich strikte Grenzen setzen: Grenzen für ihren Gestaltungsanspruch, Grenzen für ihre regionale Ausdehnung und Grenzen für ihren Finanzbedarf. Europäisches Handeln muss sich auf die Bereiche beschränken, die den nationalen Rahmen überschreiten und in denen ein klarer europäischer Mehrwert erkennbar ist. Dies wird der EU erheblich mehr Selbstbescheidung und Zurückhaltung abverlangen, als sie bisher an den Tag gelegt hat.

Subsidiaritätsprinzip als zentraler Baustein

Wenn EU-weite Regelungen nicht unbedingt erforderlich sind, dann müssen sie zwingend unterbleiben. Die EU darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Notwendig ist deshalb eine deutlich stärkere parlamentarische Beteiligung an europäischen Entscheidungsprozessen. Diese Position der CSU-Landesgruppe hat das Bundesverfassungsgerichts in seiner begrüßenswerten Grundsatzentscheidung vom 30. Juni diesen Jahres in aller Klarheit bestätigt.

Eine EU-Kommission mit 27 Kommissaren und eigenen Ressorts geht auf Dauer zu Lasten der Handlungsfähigkeit und leistet der Regulierungswut der EU Vorschub. Die Reduzierung der Ressorts sollte daher durch stellvertretende Kommissare mit vollem Stimmrecht im Kollegium ermöglicht werden.

Eigenständigkeit erhalten

Für mehr Freiheit einzutreten heißt heute auch, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewollte Eigenständigkeit der Staaten und Regionen bei der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds zu erhalten – von der kommunalen Daseinsvorsorge bis zu wirksamen Maßnahmen gegen Diskriminierung. Zu letzterem haben wir bereits umfangreiche Schutzrechte – zusätzliche Bürokratiemonster lehnen wir ab.

Europa Grenzen setzen

Die EU muss eine in sich gefestigte Wertegemeinschaft innerhalb verlässlicher Grenzen sein. Kroatien sollte so bald wie möglich einer ihrer Partner sein. Die Zukunft kann jedoch nicht einem bis in den Nahen Osten ausgedehntem Europa gehören. Nach den oftmals vorschnellen Erweiterungsrounds der letzten Jahre stößt die EU an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit. Gefragt ist daher eine Erweiterungs- und Nachbarschaftsstrategie mit Augenmaß.

Es müssen neue Formen und Instrumente der Anbindung an die EU entwickelt werden, die beitrittswilligen Staaten eine Alternative zwischen der Vollmitgliedschaft und der Nachbarschaftspolitik bieten. Ein solches Modell des „Europäischen Wirtschaftsraum Plus“ oder der „Privilegierten Partnerschaft“ ist auch der richtige Weg für die Türkei. Die Suche nach flexiblen Formen der Anbindung ist ein Schritt zu mehr Ehrlichkeit in den Beziehungen und liegt im beiderseitigen Interesse, da sie weder der EU noch der Türkei Maßnahmen abverlangt, die die jeweilige Veränderungsbereitschaft übersteigen.

Deutsche Sprache endlich gleichstellen

Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und zugleich Amts- und Verfahrenssprache in der EU. Die faktische Bevorzugung des Englischen und Französischen in den Europäischen Institutionen ist daher nicht hinnehmbar. Wir drängen entschieden darauf, dass die EU-Kommission dafür Sorge trägt, politisch relevante EU-Dokumente vollständig und zeitgleich auf Deutsch vorzulegen. Die bisher mangelhafte Übersetzungspraxis konterkariert die oftmals propagierten Ziele der Transparenz und der Bürgernähe europäischer Politik.

Für Überzeugungen und Werte einstehen!

Christlich-soziale Politik orientiert sich am christlichen Menschenbild und an der christlich-abendländischen Kultur- und Wertetradition. Ethische Beliebigkeit entwurzelt die Menschen und gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir bekennen uns deshalb mit Nachdruck für ein Werteverständnis, das Orientierung gibt.

Das christliche Bekenntnis, unser Grundgesetz sowie die Regeln der sozialen Marktwirtschaft geben diese Orientierung. Von dieser Orientierung lassen wir uns leiten bei unseren Entscheidungen.

- ◆ Der Schutz des Lebens steht für uns an erster Stelle. Die auf unser jahrelanges Drängen erzielte Neuregelung zu Spätabtreibungen stärkt den Lebensschutz. Eine ärztliche Beratungspflicht und eine mindestens dreitägige Bedenkzeit unterstützen Mütter und Väter in ihrer belastenden Konfliktsituation.
- ◆ Wir treten ein für einen selbstbewussten Patriotismus, der weit entfernt ist von Deutschtümelei oder Großmannssucht.
- ◆ Das Unrecht der Vertreibung ist zu ächten – deshalb haben wir uns nachdrücklich dafür eingesetzt, dass das „Sichtbare Zeichen gegen Vertreibung“ in Berlin eingerichtet wird.
- ◆ Wir stützen die freien Berufe, weil sie Ausdruck unserer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind – unter anderem sind wir erfolgreich für ein modernes Berufsrecht für Anwälte eingetreten.
- ◆ Wir legen ein deutliches Bekenntnis zum Berufsbeamtentum ab. Es ist Ausdruck besonderer Loyalität mit unserem Staat und unserer Rechtsordnung. Wir sind erfolgreich eingetreten für die uneingeschränkte Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten.
- ◆ Die Sicherung der privaten Krankenversicherung ist Ausdruck unseres freiheitlichen Gesundheitssystems. Dieses gilt es zu erhalten – eine staatliche Kollektivversicherung lehnen wir ab.

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.



Verantwortlich:
Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 70212
Fax: 030 / 227 76672
E-Mail: hartmut.koschyk@bundestag.de

www.csu-landesgruppe.de